

men gegen Lieferungen aus RGW-Ländern, besonders aus der UdSSR und der VR Polen, festgelegt. Sogenannte Antidumping-Verfahren der EG bedrohen Lieferungen, zum Beispiel von Elektromotoren, chemischen Erzeugnissen und anderen hochwertigen Produkten, aus sozialistischen Ländern.

Die ohnehin krisenbedingt schlechten Absatzbedingungen auf den kapitalistischen Märkten werden durch ausgeklügelte Handelshemmnisse und Ein- bzw. Beschränkungen zusätzlich erschwert. Sie sollen die Bestrebungen der sozialistischen Länder für eine ausgeglichene Handelsbilanz unterminieren. Hierbei handelt es sich eindeutig um eine verstärkte Diskriminierung von RGW-Ländern und um Versuche unzulässiger Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staatengemeinschaft und ihrer Länder.

NATO-Staaten haßerfüllt gegen den Sozialismus

Bestimmend für die Politik aller NATO-Staaten ist ihr gemeinsames Interesse, die Klassenherrschaft der Monopolbourgeoisie zu sichern, auszuweiten und jeden Fortschritt des Sozialismus zu verhindern. Natürlich stimmen dabei nicht alle imperialistischen Staaten in den Methoden zur Verwirklichung dieses Zieles — ein nie zu erreichendes Ziel, nebenbei gesagt, — überein. Aus der eigenen Interessenlage heraus wird unterschiedlich reagiert und gehandelt.

Was muß man sehen und wissen? Während vom gesamten Ost-West-Handel, der gegenwärtig rund 95 Milliarden Dollar beträgt, etwa 86 Prozent auf Westeuropa und sechs bis sieben Prozent auf Japan entfallen, sind die USA nur mit etwa sieben Prozent beteiligt. In Westeuropa sind über zwei

Der in der Pentagon-Studie unverhohlen deklarierte wirtschaftliche und technische Krieg gegenüber der Sowjetunion wird bereits praktiziert, so mit den gewaltsamen Versuchen der Torpedierung des Erdgas-Röhren-Abkommens. Auch nachdem Frankreich und die BRD Verträge mit der UdSSR über den Bezug von Erdgas und die Gegenlieferung von Röhren und Technologien abgeschlossen haben, setzen die USA ihre anmaßende Einmischung gegen das „Geschäft des Jahrhunderts“ fort.

US-Präsident Reagan verschärft sein Diktat; das bereits für US-Konzerne verfügte Lieferverbot für Ausrüstungen der Erdgas-Leitung soll jetzt auch auf ausländische Tochterunternehmen und Lizenznehmer ausgedehnt werden. Wie sich zeigt, scheut die derzeitige US-Administration weder Vertragsbruch noch Erpressung, um dem Sozialismus Schaden zuzufügen.

Millionen Arbeitsplätze durch Aufträge aus sozialistischen Ländern gesichert.

Die amerikanische Restriktionspolitik stößt unter diesen Bedingungen auf Vorbehalte vor allem in den Geschäftskreisen Westeuropas und Japans, aber auch bei einer Anzahl von Regierungen kapitalistischer Länder. Dennoch ist festzustellen, daß die NATO-Länder trotz in einigen Fragen festzustellender unterschiedlicher Auffassungen und Haltungen bei grundsätzlichen Entscheidungen übereinstimmend eine gegenüber dem Sozialismus haßerfüllte, feindliche Position beziehen. Die jüngste NATO-Rats-Tagung in Bonn zeigte das ebenso wie die vorausgegangene Konferenz in Versailles. Auf ihrer XXXVI. Tagung verurteilten die RGW-Länder die aggressive imperialistische Po-

litik, die mit Hochzins, Kreditverweigerung, Embargo und Boykott der friedlichen Koexistenz zuwiderläuft. Sie unterstrichen, daß „solche Aktionen keinen Erfolg haben werden. Die RGW-Länder stärken ihre Geschlossenheit und Zusammenarbeit und entwickeln die Beziehungen zu anderen, an der Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit interessierten Staaten. Sie sind fest entschlossen, ihre weitere stabile Entwicklung zu sichern.“

In ihren Wettbewerbsverpflichtungen, im täglichen Ringen um deren Realisierung bekräftigen die Werktätigen der DDR ihre Bereitschaft, durch einen höheren Leistungsanstieg in der Volkswirtschaft und eine erhöhte Exporttätigkeit zur unbedingten Planerfüllung und -Überbietung beizutragen sowie eine aktive Handelsbilanz gegenüber den kapitalistischen Ländern zu erzielen. Initiativen zum sparsamsten Umgang mit Importen aus dem NSW-Bereich und zur Verstärkung von Aktivitäten für eigene Lösungen in der Volkswirtschaft der DDR und im Rahmen der sozialistischen ökonomischen Integration sichern mit der Erfüllung der Planziele die Unantastbarkeit unserer Ordnung.

Erich Honecker sagte auf der 4. Tagung des ZK der SED: „Es bestätigte sich, daß es richtig war, auf die ungünstigen Veränderungen der außenwirtschaftlichen Bedingungen offensiv mit dem Kampf um höhere Leistungen, um eine höhere Arbeitsproduktivität zu reagieren. Das ist zugleich der Weg, um die Wirkungen und Absichten des von der USA-Regierung entfesselten Handelskrieges gegen die sozialistischen Länder, gegen unsere DDR zu durchkreuzen.“

Dr. Jürgen Nitz/
Dr. Christine Fiedler